Europäisches Parlament
2014-2019

Ausschuss für internationalen Handel

2015/2274(INI)

14.7.2016

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für internationalen Handel

für den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

zur Strategie der EU gegenüber dem Iran nach dem Abschluss des Nuklearabkommens
(2015/2274(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Marietje Schaake

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für internationalen Handel ersucht den federführenden Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. weist nachdrücklich darauf hin, dass es durch den Beschluss des Rates, alle Nuklearsanktionen gegen die Islamische Republik Iran aufzuheben (da das Land seine Verpflichtungen im Rahmen des gemeinsamen umfassenden Aktionsplans umgesetzt hat), ermöglicht wurde, die Beziehungen zum Iran wiederaufzunehmen, und dass dadurch Chancen und Vorteile für beide Seiten entstehen, da sich auf diese Weise die Möglichkeit bietet, europäischen Unternehmen wieder Zugang zum iranischen Markt zu verschaffen; weist darauf hin, dass der Iran ein bevölkerungsreiches Land ist, dessen Einwohner verhältnismäßig gut gebildet und im Durchschnitt jung sind, dessen BIP eines der am vielfältigsten zusammengesetzten der Region ist, das Investitionen benötigt und das einen möglichen Absatzmarkt für hochwertige europäische Waren darstellt;

2. stellt fest, dass die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen in mehreren Stellungnahmen der Kommission und bei mehreren in den Iran entsandten EU-Delegationen im Mittelpunkt standen, wobei an der letzten Delegation die Hohe Vertreterin der Union und Vizepräsidentin der Kommission sowie sieben Mitglieder der Kommission teilnahmen;

3. betont, dass die Isolation des Irans durch den Handel und den erneuten Zugang zum regelgestützten globalen Handelssystem beendet werden könnte und dass durch den Handel wesentlich dazu beigetragen werden könnte, den politischen Dialog zu fördern und die Länder in der Region zur Zusammenarbeit anzuregen, damit Regionalentwicklung, Beschäftigung und Stabilität in der gesamten Region einen Schub erhalten;

4. fordert, dass die Handelspolitik der EU und die Grundsätze der Energiepolitik der EU aufeinander abgestimmt werden, und ist der Ansicht, dass alle derzeitigen und zukünftigen Vorhaben und Investitionen der EU im Iran uneingeschränkt mit den langfristigen Verpflichtungen der EU zur Senkung der CO_2-Emissionen im Einklang stehen müssen;

5. bekundet seine Besorgnis über die hohe Korruptionsrate und handelsfeindliche Sanktionen, die eine Schattenwirtschaft haben entstehen lassen und europäische Investitionen gefährden; betont daher, dass die Korruption bekämpft und die Transparenz erhöht werden muss und dass sich im Iran eine wirkliche Privatwirtschaft und Marktwirtschaft entwickeln müssen;

6. weist nachdrücklich darauf hin, dass durch die Handelspolitik der EU zur Wahrung und Förderung der Werte beigetragen wird, für die die Union eintritt; betont, dass eine mögliche Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen der EU und dem Iran mit wesentlichen Verbesserungen bei der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten im Iran und der internationalen Arbeits-, Sozial-, und Umweltnormen einhergehen muss; erachtet deutliche Verbesserungen in diesen Bereichen im Zusammenhang mit der Wiederaufnahme der Handels- und Investitionsbeziehungen als überaus wichtig, damit sich die Lebensbedingungen der iranischen Bevölkerung verbessern und ihr Wohlergehen gefördert wird; weist nachdrücklich darauf hin, dass der Iran den Internationalen Pakt über

bürgerliche und politische Rechte sowie das Übereinkommen über die Rechte des Kindes unterzeichnet hat, und fordert den Iran auf, seinen internationalen Verpflichtungen konsequenter nachzukommen;

7. stellt fest, dass bis zu 70 % der iranischen Wirtschaft vom Staat kontrolliert werden, was im Iran tätigen europäischen Unternehmen Probleme bereiten könnte, und dass bestimmte nicht gewählte Personen durch den Ausbau der Handelsbeziehungen mehr wirtschaftliche, militärische und politische Macht erlangen könnten; fordert die Kommission auf, zwei Jahre nach Aufhebung der Sanktionen einen Bericht vorzulegen, in dem die möglichen Hemmnisse für im Iran tätige europäische Unternehmen und der Einfluss, den diese Handelsbeziehungen auf den Iran haben könnten, behandelt werden; betont, dass der Iran unbedingt ein Umfeld schaffen sollte, das günstig für internationale Investitionen ist, und dass dabei die Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung“ (FATF) beachtet werden müssen;

8. betont, dass es im Iran zahlreiche Umweltprobleme wie Wasserknappheit und Landverödung gibt und dass die EU zwar das gesamte Potenzial der geschäftlichen Zusammenarbeit ausschöpfen sollte, überdies jedoch Gespräche mit dem Iran aufnehmen sollte, um den Umweltschutz und die Förderung einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung voranzutreiben;

9. stellt fest, dass das derzeitige Mandat der EU für Verhandlungen über ein Handels- und Kooperationsabkommen mit dem Iran veraltet ist; fordert die EU auf, die Möglichkeit eines neuen Anlaufs für die Gespräche zur Aufnahme des Irans in die Welthandelsorganisation zu prüfen, da die Liberalisierung der iranischen Wirtschaft durch eine Mitgliedschaft in der WTO vorangetrieben würde, wodurch das Wachstum angekurbelt, das Land in das regelgestützte globale System eingebunden und ein Mechanismus geschaffen würde, durch den notwendige Wirtschaftsreformen im Iran unterstützt würden und der Iran für seine internationalen Verpflichtungen zur Rechenschaft gezogen werden könnte; betont überdies, dass der Iran unter Beachtung der WTO-Regeln Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu Akteuren in der Region aufnehmen sollte, um mit diesen einen zusammenhängenden Wirtschafts- und Handelsblock zu bilden; stellt fest, dass die Europäische Union durch ihr Fachwissen und ihre Unterstützung zum Auf- und Ausbau dieses regionalen Dialogs beitragen kann; fordert die Kommission auf, zu untersuchen, wie die Handels- und Investitionsbeziehungen ausgebaut werden können, damit der Iran die WTO-Regeln genauer einhält und europäische Investitionen geschützt werden; betont, dass ein förmlicher Verhandlungsrahmen die EU in die Lage versetzen würde, ihre Stellung als größter integrierter Markt und Wirtschaftsraum in vollem Umfang zu nutzen und eine Plattform für Austausch und Dialog zu schaffen;

10. vertritt die Auffassung, dass der Prozess der Öffnung des Irans in einem Teufelskreis steckt, da der Iran zwar zahlreiche Verträge mit europäischen Unternehmen abgeschlossen hat, seinen Verpflichtungen aufgrund mangelnder Liquidität jedoch nicht nachkommen kann;

11. weist auf die wichtige Tatsache hin, dass einige US-amerikanische Sanktionen durch das Nuklearabkommen nicht beeinflusst werden und bestehen bleiben sollen, insbesondere wenn sie mit Menschenrechtsverletzungen, der Unterstützung des Terrorismus und Tests

ballistischer Raketen in Zusammenhang stehen; bedauert, dass die nach wie vor geltenden US-amerikanischen Sanktionen den politischen Handlungsspielraum der EU einschränken und in den USA tätige europäische Unternehmen daran hindern, im Iran Geschäfte abzuschließen; hält es für nicht hinnehmbar, dass die Europäische Union insofern von der Regierung der Vereinigten Staaten abhängig ist, als diese ihr Rechtssicherheit und Vorhersehbarkeit bietet, und fordert die Kommission und den EAD auf, den Dialog und die Zusammenarbeit mit den USA fortzuführen – unter anderem indem bis zur Einigung auf eine endgültige und dauerhafte Lösung vorübergehende Ausnahmeregelungen gewährt werden;

12. ist der Ansicht, dass der handelspolitische Ansatz der EU gegenüber dem Iran angesichts der von den extraterritorialen Gesetzen der USA hervorgerufenen Rechtsunsicherheit bei Investitionen im Iran und der in Dollar abgewickelten Transaktionen überdacht werden sollte; betont, dass Transaktionen mit dem Iran in Euro abgewickelt werden sollten, damit die US-amerikanischen Behörden keine Sanktionen verhängen können, wie sie dies in der Vergangenheit im Falle bestimmter europäischer Banken praktiziert haben;

13. weist darauf hin, dass die EU ihre Energieträger zu diversifizieren beabsichtigt und dass der Iran ein wichtiger Akteur auf dem internationalen Energiemarkt ist, und unterstützt daher eine engere Zusammenarbeit mit dem Iran in diesem Bereich; befürwortet die Einfuhr von iranischem Erdöl und Erdgas nach Europa und eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Entwicklung neuer technischer Lösungen, beim Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energieträger und bei der Steigerung der Energieeffizienz;

14. betont, dass der digitalen Wirtschaft durch ein offenes und sicheres Internet im Iran Möglichkeiten eröffnet werden könnten; fordert erneut, dass eine wirksame europäische Ausfuhrkontrollregelung eingeführt wird, um zu verhindern, dass Güter und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck zur Verletzung der Menschenrechte missbraucht und gegen die EU eingesetzt werden;

15. stellt fest, dass die wirksame Umsetzung der Leitlinien für die soziale Verantwortung der Unternehmen wesentlich ist, damit die verstärkten Handelsbeziehungen zwischen der EU und dem Iran günstige Auswirkungen auf die gesamte iranische Gesellschaft haben;

16. fordert, dass beim Ausbau der Handelsbeziehungen insbesondere darauf geachtet wird, welche Rolle europäische und iranische KMU spielen;

17. betont, dass das Wachstum der iranischen Wirtschaft unbedingt auf der Gleichstellung von Frauen und Männern und auf Inklusion beruhen muss; fordert nachdrücklich, dass der Rolle der Frauen im Iran, die rechtlicher Diskriminierung ausgesetzt sind, und der europäischen Frauen, die den Iran besuchen und aufgrund der Pflicht zum Tragen religiöser Symbole möglicherweise von Reisen in den Iran abgehalten werden, besonderer Stellenwert beigemessen wird.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG
IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

Datum der Annahme	14.7.2016
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 25 –: 4 0: 4
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	William (The Earl of) Dartmouth, Laima Liucija Andrikienė, Maria Arena, Karoline Graswander-Hainz, Yannick Jadot, Ska Keller, Jude Kirton-Darling, Alexander Graf Lambsdorff, Bernd Lange, Emmanuel Maurel, Anne-Marie Mineur, Sorin Moisă, Godelieve Quisthoudt-Rowohl, Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández, Marietje Schaake, Helmut Scholz, Joachim Schuster, Joachim Starbatty, Iuliu Winkler, Jan Zahradil
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Reimer Böge, Victor Boştinaru, Klaus Buchner, Gabriel Mato, Bolesław G. Piecha, Pedro Silva Pereira, Ramon Tremosa i Balcells, Wim van de Camp, Jarosław Wałęsa, Pablo Zalba Bidegain
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 200 Abs. 2)	Mara Bizzotto, Bernd Kölmel, Jozo Radoš, Dariusz Rosati, Mylène Troszczynski